

Programmatische Ansprache von Parteipräsident Alexander Batliner anlässlich des FBP-Parteitages vom 14. Juni 2011 in Schaan

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Mitglieder des Parteitages

Liebe Parteifreunde

Vor 1 ½ Jahren habt ihr mich zum Präsidenten der Fortschrittlichen Bürgerpartei gewählt. In meiner Ansprache versprach ich euch damals:

„wir werden agieren und nicht reagieren,
wir werden Themen besetzen und Positionen erarbeiten,
wir werden unsere Vorschläge einbringen, damit die Mitbewerber auf uns reagieren müssen,
wir werden einfach und verständlich kommunizieren, damit auch jene erfahren und verstehen, was wir wollen und für was wir stehen, die sich nicht täglich mit Politik beschäftigen.“

Rückblickend kann ich festhalten, dass wir dieses Versprechen eingelöst haben.

Fraktionssprecher Johannes Kaiser hat euch soeben einen Überblick über die politischen Aktivitäten der Fraktion gegeben. Ich muss es also nicht wiederholen. Ihr konntet feststellen, dass wir es waren, welche Themen besetzten und die politischen Mitbewerber zum reagieren zwangen.

- Wir waren es, die halbjährlich ein 6-Punkte-Programm erarbeiteten und öffentlich machten und konsequent versuchten, es in die Tat umzusetzen.
- Wir waren es, die sich im Landtag als echte Alternative präsentiert und in der Regierung unsere Verantwortung hinsichtlich einer positiven Entwicklung unseres Landes wahrgenommen haben.
- Wir waren es, die sich als verlässlicher Partner in dieser Koalition hervor getan haben.
- Wir waren es, die sich durch staatstragendes Verhalten im Sinne unseres Landes ausgezeichnet haben.

All dies war auch notwendig. Denn unser Koalitionspartner hat mehr über innerparteiliche Streitereien, Partei- und Fraktionsaustritte und über Briefe der Fraktion an ihren Parteipräsidenten auf sich aufmerksam gemacht als mit handfesten politischen Vorstössen. Der letzte parlamentarische Vorstoss der VU-Fraktion geht auf Juni 2010 zurück, der vorletzte gar auf Oktober 2009. Nur zum Vergleich: Wir reichten in dieser Zeitspanne sieben Postulate, sechs Interpellationen und drei Initiativen ein. Wir befassten uns von Brustkrebsvorsorge bis IWF-Beitritt und von der Verkehrssituation Schaanwald und Nendeln bis zu häusliche Betreuung und Pflege. Wir waren es, die sich aktiv um die Bevölkerung unseres Landes und unser Land im Generellen kümmerten. Wir waren die aktivste Partei in unserem Land.

Besser lässt sich nicht dokumentieren, dass die VU gespalten ist und die Reihen innerhalb der Fraktion alles andere als geschlossen sind. Diese innerparteilichen Streitereien und die Angst vor weiteren Partei- und Fraktionsaustritten lähmen die VU. Unser Land, unsere Heimat hat eine Führung verdient, die sich um unser Land kümmert und nicht überwiegend mit sich selbst beschäftigt ist. Unser Land hat eine bessere Führung verdient, als eine gesplattene und zerstrittene Partei, in welcher beinahe jede mit jeder und jeder mit jedem streitet. Liechtenstein hat Besseres verdient. Es ist höchste Zeit, dass unser Land im Frühjahr 2013 wieder eine Führung erhält, die sich ausschliesslich um unser Land, deren Bevölkerung und deren Entwicklung kümmert und nicht überwiegend mit sich selbst beschäftigt ist. Dafür steht die FBP und zwar ausschliesslich die FBP. Denn wir zerfleischen uns nicht, wir arbeiten!

Wenn ich die letzten 1 ½ Jahre Revue passieren lasse, hat sich einiges geändert. Nicht nur, bei uns im Land, sondern auch international gab es einschneidende Ereignisse. Allen voran sicherlich die Umweltkatastrophe in Japan mit den tragischen Entwicklungen um die dortigen Atomkraftwerke. In Deutschland und der Schweiz führte dies zur totalen Umkehr in der Energiepolitik und beide Staaten haben den Ausstieg aus der Atomenergie in die Wege geleitet. Damit werden die Strompreise des Importstroms über kurz oder lang erheblich ansteigen. Es ist von bis zu 15 Prozent die Rede. Damit werden nicht nur die privaten Haushalte betroffen sein, sondern auch die Wirtschaft unseres Landes wird mit massiv höheren Kosten zu Rechnen haben.

Nun hat die Politik unseres Landes die Aufgabe, auf diese neuen Rahmenbedingungen zu reagieren und Massnahmen in die Wege zu leiten, um die Belastung so gering wie möglich zu halten. Tatsache ist, dass jener Strom, welche die LKW selbst produziert, viel billiger ist als jener, den sie zukaft. Aus diesem Grunde befürworten wir die Erhöhung des Eigenversorgungsgrades, wie wir es auch schon im Wahlprogramm 09 betont haben. Zum einen können wir damit die Abhängigkeit vom Ausland reduzieren und zum anderen den Strom billiger produzieren. Damit gewährleisten wir tiefere Stromkosten für die privaten Haushalte und die Wirtschaft, womit auch für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Vorteile generiert werden können.

Tatsache ist, dass es keine Art der Energiegewinnung gibt, die nur Vorteile hat. Alle heute technisch machbaren Arten, haben auch Nachteile. Mit Fotovoltaik und Windenergie wird der Strombedarf unseres Landes nicht gedeckt werden können. Gemäss Aussagen der Regierung könnten in Liechtenstein mit Geothermie 1500 Haushalte bedient werden. Ob sich Investitionen gegen 100 Millionen Franken für 1500 Haushalte rechtfertigen lassen, ist für mich mehr als nur mit einem grossen Fragezeichen verbunden. Gaskraftwerke sind regelrechte CO₂-Schleudern, womit der Natur keinen Dienst erwiesen wird. Bleibt unter anderem noch die Wasserkraft und damit der Bau eines ein- oder zweistufigen Rheinkraftwerkes, wie es die LKW-Führung momentan propagiert. Ich persönlich kann mir dies vorstellen, zumal der Eigenversorgungsgrad dann gegen 50 Prozent ansteigen würde. Berücksichtigt werden muss dabei jedoch der ökologische Faktor und die Auswirkungen auf Natur und Umwelt. Klare Abklärungen sind notwendig, damit es kein unsanftes Erwachen gibt.

Alle Massnahmen, die wir umsetzen, müssen von Anreizen zum Stromsparen begleitet werden. Der Stromverbrauch in Liechtenstein steigt jährlich. Die Frage ist nicht, ob der jährliche Anstieg des Stromverbrauchs reduziert werden kann, sondern wie. Auch dazu hat die Fraktion vor kurzem eine Interpellation eingereicht.

Liebe Parteifreunde, in unserem Wahlprogramm 2009 stand geschrieben: „Wir setzen uns ein für eine Festlegung von Zielwerten für den Eigenversorgungsgrad bei der Energiegewinnung.“ Die Entwicklungen in der Schweiz und in Deutschland zwingen uns dazu, bei der Energiegewinnung nun Fakten zu schaffen. Wir werden von der Regierung mit aller Dringlichkeit einen Grundsatzentscheid zum Eigenversorgungsgrad und im Anschluss konkrete Massnahmen, wie dieser erreicht werden kann, fordern. Zudem muss die Regierung nun so rasch als möglich ein Konzept vorlegen, wie sie die privaten Haushalte und die Wirtschaft zum Sparen von Strom animieren möchte. Wir können nach den Entscheiden in Deutschland und der Schweiz nicht länger warten.

Ein zentraler Punkt unserer Parteiarbeit während den letzten 1 ½ Jahren galt auch der zukünftigen Integration in Europa. Hierfür führten wir zwei Veranstaltungen durch. Eine davon hoben wir neu aus der Taufe. Mit der ‚Stippvisite‘, die wir jedes Jahr am 7. September durchführen, möchten wir Themen, die für Liechtenstein von Bedeutung sind, von der internationalen Perspektive her beleuchten. Aus diesem Grunde laden wir jeweils ausländische Gäste ein, welche pro und contra eines Themas uns aus ihrer Sichtweise näher bringen sollen. Letztes Jahr war es das Thema „Integration in Europa – wie weiter?“. Zudem luden wir Botschafter S.D. Prinz Nikolaus zu einem Vortrag, um die Integration in Europa aus seiner Perspektive zu erfahren. Dieses Thema wird für unser Land in Zukunft von sehr grosser Wichtigkeit werden. Die Veränderungen auf unserem Kontinent zwingen uns dazu, dass wir diese Thematik rechtzeitig diskutieren. Europa wartet nicht auf uns. Wir müssen bereit sein, wenn Europa von uns eine Entscheidung verlangt.

Eine etwas andere Integration in Europa oder sogar in der Welt stellt sich unser Regierungschef mit dem Beitritt zum IWF vor. Der IWF-Beitritt ist zum exemplarischen Beispiel geworden, wie selbstherrlich unser Regierungschef sein Amt ausübt. Ich zitiere zwei Sätze aus der Interpellationsbeantwortung.

Zum einen schrieb Regierungschef Tschüscher: „Im Rahmen der Evaluation wurden die Vorabklärungen im Sommer 2010 vom Ressort Präsidium im Rahmen eines Berichtes festgehalten. Dieser kommt zum Ergebnis, dass der Beitrittsprozess zum IWF rasch einzuleiten und abzuschliessen sei.“

An anderer Stelle dieser Beantwortung kann nachgelesen werden: „Die Regierung erachtet eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen eines Beitritts Liechtenstein zum IWF, welche nach den bereits erfolgten Abklärungen eine umfassende Kosten-/Nutzenanalyse beinhaltet, für sinnvoll und notwendig.“

Während der Regierungschef im Sommer 2010 zum Ergebnis kommt, den Beitritt zum IWF rasch einleiten und abschliessen zu wollen, findet er nun, - also ein $\frac{3}{4}$ Jahr später - dass es sinnvoll ist, eine Kosten-/Nutzenanalyse zu erstellen. Ich frage mich, wie der Regierungschef ohne eine solche Analyse zum Ergebnis kommen kann, dass ein IWF-Beitritt rasch einzuleiten und abzuschliessen sei? Zudem wurden bisher alle betroffenen Berufsverbände wie Treuhändervereinigung, Banken- oder Versicherungsverband und die LIHK nicht nach ihrer Meinung gefragt. Eine Vernehmlassung soll auch nicht durchgeführt werden. Nur zur Erinnerung, es handelt sich hier um einen Beitritt, der unser Land insgesamt 50 Mio. Dollar kostet und weitere Folgekosten generieren wird. Für dieses Vorgehen des Regierungschefs kann nur ein Wort gebraucht werden: dilettantisch. Genau deshalb lehnt das Präsidium der FDP den IWF Beitritt ab. Sollte der Regierungschef keine Vorteile einer IWF-Mitgliedschaft vorlegen, die 50 Millionen Dollar an Kosten rechtfertigen, wird sich an dieser Meinung auch nichts mehr ändern.

Diese dilettantische und selbstherrliche Vorgehensweise des Regierungschefs zeigt sich auch bei anderen Themen. Exemplarisch erwähne ich noch das Thema Staatshaushalt 2010. Budgetiert war ein Defizit von 180 Millionen Franken, später wurde es auf 160 Millionen reduziert. Das Resultat war ein Defizit von 30 Millionen Franken. Keine Frage, wir sind sicherlich alle sehr froh, dass das Ergebnis viel besser als erwartet ausfiel. Tatsache ist aber auch, dass der Regierungschef im Verlauf des Jahres weder gegenüber der Bevölkerung noch gegenüber dem Landtag klar und unmissverständlich kundtat, dass das Ergebnis viel besser ausfallen werde. Der Landtag hat letztes Jahr verschiedene Sparmassnahmen beschlossen, die alle unter der Prämisse eines Defizits von 160 Millionen Franken zustande kamen. Dazu gehören auch Entscheide, die die Abgeordneten nur schweren Herzens fällten, wie das Sparen bei den Ärmsten der Welt oder solche Massnahmen, welche die finanziell Schwächeren unseres Landes sehr hart trafen.

Das Verhalten des Regierungschef lässt nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder hat der Regierungschef gewusst, wie gut es um die Finanzen steht. Dann hat er unser Parlament bewusst im Unklaren gelassen und es absichtlich getäuscht. Oder er hat es selbst nicht gewusst, dann hat er seine Aufgabe als Finanzminister komplett verfehlt. Es gehört nämlich nun mal zum Aufgabenbereich eines Finanzministers, sich über den aktuellen Stand der Jahresrechnung regelmässig informieren zu lassen. Welche Schlussfolgerung die Richtige ist, wollte der Regierungschef leider nicht sagen. Dies ist aber auch unerheblich. Falsch verhalten hat er sich hin wie her.

Noch schlimmer ist für mich die Tatsache, dass auch die Regierung nicht transparent in Kenntnis gesetzt wurde. Unsere Regierungsmitglieder erfuhren viel zu spät von den Abweichungen zum Budget. Kollegiale Arbeit im Sinne unseres Landes sieht anders aus. Für mich ist diese Art der Zusammenarbeit gegenüber unseren Regierungsmitgliedern und insbesondere gegenüber unserem Regierungschef-Stellvertreter ein Indiz dafür, dass für Regierungschef Tschüscher der Wahlkampf begonnen hat und er alles machbare unternimmt, Martin Meyer zu denunzieren. Ich kann den Regierungschef mit seinen Machenschaften sehr gut verstehen.

Wenn ich einen Vizeregierungschef an meiner Seite hätte,

- der die richtigen Massnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise getroffen hat,
- der Volksabstimmungen gewonnen hat,
- der Erfolg beim Abbau von Jugendarbeitslosigkeit hat,
- der den Schweizer Bundesräten die Stirn bietet, wie bei der Abgabe einer Pauschale für Liechtensteiner Unternehmen, die Aufträge in der Schweiz annehmen,
- der den Wirtschaftsplatz Liechtenstein fördert und sich für ihn einsetzt und somit keinen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat,

dann, ja dann hätte auch ich Respekt. Martin, geniesse das Verhalten des Regierungschefs, es ist das beste Zeugnis, dass du gute Arbeit als Wirtschafts- Bau und Verkehrsminister machst. Du kannst wirklich Stolz auf das Erreichte sein. Herzlichen Dank für alles Martin.

Geschätzte Parteifreunde, erlaubt mir noch einen Blick in die nähere Zukunft. Wir stehen vor politisch anspruchsvollen und emotionalen Zeiten.

Es steht uns nächstes Wochenende mit dem Partnerschaftsgesetz eine Volksabstimmung bevor. Die FDP hat bereits im Wahlprogramm 09 versprochen: „Wir setzen uns ein für die Schaffung eines Partnerschaftsgesetzes für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ohne jedoch die Möglichkeit der Adoption zu eröffnen.“ Dieses Wahlprogramm wurde von euch verabschiedet. Wir haben also unser Versprechen gehalten.

Ich bin überzeugt, dass die Meisten von euch ihre Stimme bereits abgegeben haben. All jene, die es noch nicht getan haben, rufe ich auf, von ihrem Stimm- und Wahlrecht Gebrauch zu machen. Ich erachte es als sehr wichtig, dass wir kommendes Wochenende eine hohe Stimmbeteiligung erhalten, da das Abstimmungsergebnis zur eingetragenen Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare nicht durch einen Zufallsentscheid zustande kommen sollte. Dies umso mehr, als sich dahinter Menschen und deren Schicksale verbergen. Die Antwort auf die Frage, mit wem gemeinsam ein Mensch seinen Lebensweg gehen will, ist eine zutiefst private Entscheidung. Wir entscheiden darüber, ob jenen Menschen Rechte gegeben und Pflichten auferlegt werden, die sich bei dieser privaten Entscheidung einen Menschen des gleichen Geschlechts ausgewählt haben. Deshalb erachte ich es als wichtig, dass wir am Sonntag ein breit abgestütztes Ergebnis erhalten. Bitte geht abstimmen und nehmt euer demokratisches Recht wahr.

Zudem steht uns in den nächsten Monaten eine schwere und auch emotionale Diskussion um den Schwangerschaftsabbruch bevor. Roland Koch, der ehemalige Ministerpräsident des deutschen Bundeslandes Hessen, schrieb in seinem Buch zu diesem Thema: *(Zitat)* „Wo es um den Ursprung und das Ende des Lebens geht, wird es grundsätzlich. Hier erfährt das Wissen seine Grenzen, und es beginnt die Sphäre des Glaubens.“ *(Zitat Ende)* Genau so ist es. Deshalb überrascht es auch nicht, dass wir einerseits Befürworter der Initiative und andererseits Befürworter der heute geltenden Regelung in unseren Reihen haben. Und weil es sich um ein höchst moralisch-ethisches Thema handelt, haben Präsidium und Fraktion - gegen unsere übliche Vorgehensweise - beschlossen, beim Landesvorstand zu beantragen, auf eine Abstimmungsempfehlung zu verzichten. Die Partei hat zurückzustehen, wenn es um

Leib und Leben geht. Jedem Präsidiums- und Fraktionsmitglied ist es selbst überlassen, wie er mit diesem Thema umzugehen gedenkt oder ob und in welcher Form er sich für die eine oder andere Meinung engagieren möchte.

Partnerschaftsgesetz wie Schwangerschaftsabbruch liegen im Verantwortlichkeitsbereich von Aurelia Frick. In letzter Zeit hat sie weitere sehr schwere Agenden dem Landtag zur Beschlussfassung vorgelegt. Dabei denke ich nur an das Gesetz zur Patientenverfügung, das ohne Nebengeräusche vom Landtag verabschiedet wurde. Dass sie sich diesen Themen annimmt und sie mehrheitsfähig macht, beweist, welche sehr gute Arbeit sie als Justizministerin macht. Auch als Vorsitzende des Ressorts Äusseres hat sie sich in den letzten zwei Jahren als kompetente Aussenministerin einen Namen gemacht. Sie hat die schwierigsten und emotionalsten Themen in der Regierung zu bearbeiten und erntet im Landtag praktisch durchwegs einstimmige Entscheide. Aurelia, du kannst stolz auf deine Arbeit sein. Herzlichen Dank für deinen Einsatz und deine Arbeit für unser Land.

Schon seit längerer Zeit schlägt der geplante Neubau des Landesspitals hohe Wellen. Diese werden die nächsten Wochen und Monate nicht abebben. Der Landtag wird in zwei Wochen die Entscheidung fällen, ob das Spital neu gebaut werden soll oder nicht. Anschliessend wird auch in dieser Frage wohl das Volk das letzte Wort haben.

Ich bin froh, dass die Regierung vom ersten geplanten Projekt abgerückt ist und dem Landtag nun eine redimensionierte Version zur Entscheidung vorlegt. Die Vernunft scheint Einzug gehalten zu haben. Es liegt nun ein Projekt zur Abstimmung vor, das im grossen und ganzen der heutigen Grössenordnung des Spitals entspricht. Für mich ist die Regierung damit auf den richtigen Weg eingeschwenkt. Liechtenstein soll ein Spital erhalten, das in seiner Grösse dem heutigen entspricht, jedoch modernsten Ansprüchen genügt. Dass das heutige Spital diesen Ansprüchen nicht mehr genüge tut, ist unbestritten.

Niemand in unserer Fraktion ist grundsätzlich gegen einen Neubau des Spitals. Einzelne unserer Abgeordneten misstrauen jedoch der Informationspolitik der Regierung in dieser Sache. Seit Jahren muss Regierungsrätin Renate Müssner vom Landtag geradezu gezwungen werden, diejenigen Informationen den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen, die sie für

ihre Entscheidungsfindung benötigen. Mit ihrer Kommunikation des Verschweigens, Zurückhaltens und Vertuschens hat sie Misstrauen gesät, das ihr jetzt zum Verhängnis wird.

- Jede und jeder in der Fraktion und im Präsidium will die beste gesundheitspolitische Entscheidung für unser Land und unsere Bevölkerung in dieser Sache.
- Jede und jeder in der Fraktion und im Präsidium will, dass es zu keiner Mengenausweitung und damit zu massiv höheren Gesundheitskosten kommt.
- Jede und jeder in der Fraktion und im Präsidium will, dass es auch in Zukunft - wie in der Vergangenheit und Gegenwart auch - Kooperationen mit den umliegenden Spitälern gibt.

Unterschiedliche Meinungen herrschen darüber vor, ob die Fragen, die hinter diesen drei Kernaussagen stehen, vor dem Entscheid zum Neubau oder erst danach konkret beantwortet werden sollen. Je nachdem, wie die Abgeordneten diese zeitliche Achse bewerten, wird der Entscheid im Landtag ausfallen.

Ein Thema der Zukunft wird auch die Bildung bzw. die Schulraumthematik sein. Ich kann bis heute nicht verstehen, weshalb die damals noch 13 VU-Abgeordneten unser Postulat zur Schulraumplanung nicht an die Regierung überwiesen. Wir wollten Auskünfte zur gegenwärtigen Gebäude- und Raumsituation in den einzelnen Schulen, zur Infrastruktursituation, zu der Entwicklung der Schülerzahlen in den nächsten 10 Jahren und zur Planungsübersicht zu den anstehenden Neubauten, Infrastrukturerweiterungen und -sanierungen. Durch das Nein der VU wissen wir heute noch nicht, wie viele Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Schulen in den nächsten Jahren zu erwarten sind. Wir wissen nicht, was mit dem Schulzentrum Unterland II oder dem St. Elisabeth geschehen soll. Alles Fragen, denen sich Regierungsrat Quaderer und die VU-Fraktion nicht stellen wollten. Eine seriöse Schulraumplanung kann so nicht umgesetzt werden.

Wie soll ohne diese rudimentären Informationen eine nachhaltige Bildungspolitik und Schulreform auf die Wege gebracht werden? Deshalb überrascht es auch nicht, dass Regierungsrat Quaderer eine Schulreform ankündigte und ein Reförmchen gebar. Bildung und das Vermitteln von Wissen ist unsere wichtigste Ressource und der verantwortliche

Regierungsrat will nicht mal die Hausaufgaben dazu machen. Diese Entwicklung erfüllt uns mit Sorge, weshalb wir beschlossen haben, parteiintern das Thema Bildung intensiv zu diskutieren. Deshalb werden wir die diesjährige ‚Stippvisite‘ am 7. September der internationalen und nationalen Bildungspolitik widmen. Ich bitte euch alle, diesen Termin frei zu halten und mit uns und internationalen Experten über Bildungspolitik zu diskutieren.

Geschätzte Parteifreunde, in etwas mehr als 1 ½ Jahren wählen wir einen neuen Landtag. Ihr wählt anschliessend jenes Präsidium, welches die FBP in diese Wahlen führen und welches für den Wahlkampf verantwortlich zeichnen soll. Ich bitte euch, dieses Team zu unterstützen und ihm ihre Stimme zu geben.

Ich persönlich bewerbe mich heute Abend bei euch um eine zweite Amtszeit. Ich bin überzeugt, euch ein Präsidium vorschlagen zu können, welches an einem Strick zieht, zusammen arbeitet und alle Grundvoraussetzungen mitbringt, damit wir im Februar 2013 erfolgreich sein können. Dies wollen wir. Liechtenstein braucht wieder einen Regierungschef, der nicht seine persönlichen Interessen in den Mittelpunkt stellt, sondern weise und breit abgestützte Entscheidungen im Sinne einer florierenden Entwicklung unseres Landes trifft. Ein Regierungschef für den das Wort ‚gemeinsam‘ nicht irgend eine Worthülse ist und die Berufsverbände bewusst ausschliesst, sondern erkennt, dass Liechtenstein alle Kräfte vereinen muss, um seine Probleme zu lösen.

Die deutsche Sprache kennt den Satz: „Die Partei steht hinter dem Präsidium.“ Ich rufe euch dazu auf, die nächsten 1 ½ Jahre nicht nur hinter dem Präsidium zu stehen, sondern ab und zu auch neben uns oder sogar vor uns. Ohne eure Unterstützung und Mitarbeit werden wir unser Ziel nicht erreichen. Aber ich bin überzeugt: Wenn wir alle am gleichen Strick ziehen, wird es klappen. Also unterstützt heute unser Team, gibt uns allen eure Stimme und steht uns die nächsten 1 ½ Jahre zur Seite. Dann wird die Bürgerpartei im Februar 2013 wieder die stimmenstärkste Partei in Liechtenstein sein. Das wollen wir doch alle, packen wir's an!

Herzlichen Dank